



## Strategien und Rechtfertigungen des Freihandels

*Vom wirtschafts- zum sicherheitspolitischen Narrativ*

Christian Tuschhoff

Internationaler Freihandel und insbesondere die anstehenden großen regionalen Freihandelsabkommen CETA; TPP und TTIP sind in besonderer Weise in das Kreuzfeuer politischer Kritik geraten. Im Zentrum dieser Debatte steht der tiefe Eingriff in demokratische Selbstbestimmung einerseits und die über Jahrhunderte herausgebildeten Lebensweisen der betroffenen Länder andererseits. Trotz erheblicher Differenzen im Detail sind sich Freihandelsgegner darin einig, dass beide bewahrt werden müssen und nicht auf dem Altar der wirtschaftlichen Effizienz und des erwarteten größeren Wohlstands geopfert werden dürfen.

### Die Kosten-Nutzen-Kontroverse

Neuere wirtschaftswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Forschungsergebnisse stützen die Opposition der Freihandelsgegner insoweit, als Zweifel genährt werden, dass vom Abbau weiterer Handelsschranken jenseits von Zollsenkungen größere Wohlstandsgewinne erwartet werden können. Es sei sogar möglich, dass die durch innenpolitische Kompensationen von Freihandelsverlierern entstehenden Kosten höher seien, als die durch größeren Freihandel entstehenden Wohlstandsgewinne.<sup>1</sup> Zweifel an diesen wissenschaftlichen Ergebnissen ist jedoch insofern angebracht, als das Beispiel des europäischen Binnenmarktes zeigt, wie auch der Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen zu ganz erheblichen Wohlstandsgewinnen führen kann. Daher

kann die wissenschaftliche Debatte keineswegs als beendet betrachtet werden.

Wenn aber der Abbau von nicht-tarifären Handelshindernissen durch weitere Freihandelsabkommen nicht mehr mit der Formel „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhardt) gerechtfertigt werden kann, wie begründen die Befürworter der oben genannten Verhandlungen und Abkommen dann deren Vorteile und Notwendigkeit? Diese Frage weist auf einen überraschenden Wandel von einem zunächst wirtschaftlichen zu einem neuen sicherheits- oder auch machtpolitischen Rechtfertigungsnarrativ hin.

### Deutsche Handelspolitik im Wandel

Eine wichtige Wegweisung zeigte schon Andreas Falke (2007) mit seiner Untersuchung zur deutschen Außenhandelspolitik. Darin unterstrich er zunächst die allgemein akzeptierte Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom globalen Exportgeschäft, beklagte aber dann, dass die Nutznießer freier Märkte bei den Verhandlungen zur Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) sehr zur Selbstzufriedenheit neigten, statt offensiv für den Abbau weiterer Handelshemmnisse (Liberalisierung) einzutreten. Die Debatte über deutsche Außenwirtschaftspolitik werde nicht mehr - wie früher - mit ausschließlich wirtschaftspolitischen Argumenten und der Meinungsführerschaft des Bundeswirtschaftsministeriums geführt. Stattdessen träten andere Themen und Argumente ins Zentrum der Debatten und das Wirtschaftsministerium habe die Kontrolle über die Außenhandelspolitik

<sup>1</sup> Eine überblickartige Zusammenfassung findet man bei Tuschhoff (2015b).

verloren und müsse sie nunmehr mit anderen Ressorts teilen.

Hinzu kam, dass vor allem während der rot-grünen Koalition globalisierungskritische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) Zugang zum Politikfeld Außenhandel erhielten und mit ihren Forderungen sozial-, umwelt- oder entwicklungspolitischer Ziele die Agenda der deutschen Außenhandelspolitik mitbestimmten.<sup>2</sup> Auf diese Weise hätten die Befürworter und Nutznießer von Freihandel an politischem Einfluss verloren, stellte Falke (2007) fest. Diese Strittigkeit von Freihandel zwischen verschiedenen innenpolitischen Interessengruppen lässt sich auch in der Debatte zur *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) ausmachen.<sup>3</sup>

### EU von Singapur nach Cancún

Dieser Umschwung in der deutschen Außenhandelspolitik trug erste Früchte auf europäischer Ebene. Die für internationale Handelspolitik zuständige Europäische Union (EU) weitete ihre Ziele für die damals laufenden Verhandlungen der WTO erheblich aus. Auf der Tagung des WTO-Ministerrates 1999 in Singapur beschränkten sich die EU-Verhandlungsführer nicht mehr allein auf Fragen des Marktzugangs, sondern legten eine ergänzende Liste vor – die sogenannten Singapur Themen – mit denen ähnlich wie bereits im europäischen Binnenmarkt tief in die WTO Mitgliedstaaten – wie es hieß „hinter die Grenze“ (De Bièvre 2006; Falke 2007: 297) - eingegriffen werden sollte. Ziel war es

#### Singapur Agenda Themen

1. Umweltschutz
2. Sozial- und Arbeitsstandards
3. Wettbewerbspolitik
4. Öffentliche Beschaffungen
5. Investorenschutz

dabei, gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen den Wirtschaften der WTO-Mitgliedstaaten herzustellen. Dies erforderte gleiche Regeln auf Gebieten wie Umweltschutz, Sozialstandards, Wettbewerbspolitik, öffentliche Beschaffungen und Investitionsschutz (Council of European Union 1999; Young/Peterson 2006).

Falke und andere sahen in diesem Vorstoß der Europäischen Union eine tiefgreifende Veränderung der bisherigen Außenhandelspolitik. Statt ausschließlich über Marktzugang durch den Abbau protektionistischer Handelshemmnisse zu verhandeln, nutzte die EU nun ihre Marktmacht<sup>4</sup> dazu, anderen Staaten „die Harmonisierung von internen Regulierungen auf einem [gemeinsamen und einheitlichem, ChT] Niveau“ vorzuschreiben „durch ein breites Regelwerk, das von seiner Intention auf eine umfassenden *global governance*-Agenda hinauslief, die das Ziel hatte, dem

Globalisierungsprozess „Zügel anzulegen“ (Falke 2007: 297). (ähnlich: De Bièvre 2006; Meunier/Nikolaidis 2006; Young/Peterson 2006). Damit werde die Handelspolitik zu einer beliebigen

Vielzahl von Zwecken missbraucht, klagte Falke.

Der Versuch zeigte, dass die EU sich darauf verlegte, die Größe ihres Binnenmarktes machtpolitisch zu nutzen: Im Gegenzug für die Öffnung dieses riesigen Marktes für ausländische Produzenten verlangte die EU, dass im Ausland ähnliche Regeln wie im europäischen Binnenmarkt geschaffen

<sup>2</sup> Für eine weitaus skeptische Beurteilung des Einflusses von NGOs auf die Handelspolitik siehe Dür/ De Bièvre (2007).

<sup>3</sup> Einen ausgezeichneten Überblick über die Argumente von Pro und Contra TTIP liefert Leibfried (2015).

<sup>4</sup> Dieses Unterfangen ist nicht mit den Verhaltensweisen einer „normativen Macht“ (Manners 2002; 2006; 2009) Europäische Union vereinbar.

wurden. Die Marktmacht wurde dazu genutzt, die in Regeln gegossene Lebensweise Europas auf andere Weltregionen auszudehnen (Baldwin 2006; Meunier/ Nikolaidis 2006; Young/ Peterson 2006).<sup>i</sup>

Dem Versuch der EU in Singapur war kein Erfolg beschieden, wie sich spätestens auf der WTO Ministerratstagung in Cancun 2003 zeigte (Cho 2004; Evenett 2007). Die Europäer waren vollkommen isoliert. Die Entwicklungsländer unter der Führung von Brasilien, Argentinien, Indien und Südafrika wehrten sich vehement gegen den Versuch, durch internationale Handelsabkommen in ihre Länder hineinzuregieren und auf diese Weise die Souveränität zu untergraben. Aber auch die USA, Kanada und Australien unterstützten die Position der EU nicht (Falke 2007; Young/ Peterson 2006). Im Ergebnis konnte die EU sich in globalen, multilateralen Verhandlungsforen mit ihren Vorstellungen für faire Handelsbeziehungen nicht durchsetzen.

### **Lehren: Regionale statt multilaterale Handelspolitik**

Im Lichte dieser Erfahrungen müssen die Anstrengungen, bilaterale oder regional begrenzte Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP auszuhandeln, als machtpolitische Alternativstrategie zur gescheiterten multilateralen Doha Runde der WTO verstanden werden (Falke 2007). Wenn es nicht gelingt, europäische (oder westliche) Regeln global in multilateralen Foren wie der WTO durchzusetzen,<sup>5</sup> so müssen sie zumindest vorübergehend in Vereinbarungen mit einer kleineren Anzahl von Partnern festgeschrieben werden (Bhagwati/ Krishna/ Panagariya 2015). Die Folge sind internationale Beziehungen in Form eines (machtpolitischen) Wettbewerbs zwischen Regionen

(Katzenstein 1993a; b; 1996; 2005; Tuschhoff 2015a: 238-241). Sind diese Regeln erst einmal zwischen den westlichen Partnern vereinbart, so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass den bislang Widerstand leistenden Entwicklungsländern später keine Wahl bleibt, als sich ihnen anzuschließen. Die Marktmacht der EU war in Singapur nicht ausreichend, um die *global governance*-Agenda der EU durchzusetzen. Das europäische Machtpotential lässt sich aber dadurch steigern, dass der bislang getrennt agierende Westen nunmehr global geschlossen auftritt (Hamilton/ Blockmans 2015; Hamilton 2014a; b). Diesem strategisch-machtpolitischen Zweck dienen die derzeit auszuhandelnden Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA. Damit halten Deutschland und Europa an den Singapur Themen unvermindert fest, versuchen aber, sie schrittweise – erst regional dann international (multilateral) – statt mit einem einzigen großen Wurf durchzusetzen.

Andreas Falke (2007) empfahl stattdessen, zu den Tugenden der ursprünglichen Außenhandelspolitik zurückzukehren. Dies bedeutet, die Marktmacht der EU nicht zu machtpolitischen Zwecken – der globalen Durchsetzung westlicher Lebensweisen - zu missbrauchen und zu den multilateralen WTO Verhandlungen zurückzukehren (Baldwin 2006; Jones 2006). Diese Empfehlung liegt auch in der Logik der Argumentation von Dani Rodrik (2011) zugrunde. Damit würden die Singapur Themen aufgegeben.

### **Narrativwechsel**

Die Politik hat jedoch den mit Singapur eingeschlagenen Weg nicht verlassen, sondern verfolgt ihre Ziele weiterhin unverzagt. Dabei spielt die hier

<sup>5</sup> Die Doha Verhandlungsrunde der WTO führte seit mehr als einem Jahrzehnt zu keinen vorzeigbaren Ergebnissen. Die Bali-

Vereinbarungen vom Dezember 2013 seien eine Ausnahme (Hamilton/ Blockmans 2015: 2).

aufgeworfene machtpolitische Frage, ob sich westliche Regeln und Lebensweisen erfolgreich gegen den Widerstand von Entwicklungsländern global durchsetzen lassen (Hamilton/ Blockmans 2015; Hamilton 2014b), in den politischen Debatten kaum eine Rolle, obwohl der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im deutschen Bundestag darauf deutlich hingewiesen hat (Deutscher Bundestag 2015).<sup>6</sup>

Seine Sorge ist, dass angesichts der globalen demographischen und wirtschaftlichen Trends die machtpolitischen Gewichte ohnehin vom Westen zu den Schwellen- und Entwicklungsländern verschoben werden. Wenn diese internationale Machtverschiebung (Baru/ Dogra 2015; Hamilton/ Blockmans 2015; Hamilton 2014a; b) erst einmal stattgefunden hat, wird es dem Westen schwer fallen, seine Regeln und Lebensweisen zu bewahren. Dem politischen Druck der neuen Mächte, werden die westlichen, europäischen und deutschen Werte nicht mehr standhalten können. Der Westen wird sich den Lebensweisen der Schwellenländer anpassen müssen. Es sei deshalb ein Irrtum zu glauben, dass Deutschland den *status quo* von Wohlstand und Lebensweise bewahren könne, wenn es darauf verzichte, aktiv Schutzmaßnahmen zu etablieren. Passivität oder Isolationismus seien untaugliche Mittel zur wirtschaftlichen, politischen und sozialen Besitzstandswahrung. Der *status quo* müsse durch aktive Maßnahmen geschützt werden.

Daniel S. Hamilton wendete diese Verteidigung des *status quo* ins Positive, indem er feststellte, dass die neuen aufstrebenden Schwellenländer insbesondere die BRICS Staaten Brasilien,

Russland, Indien, China und Südafrika, von der vom Westen geschaffenen und aufrecht erhaltenen liberalen Weltordnung erheblich profitiert hätten. Sie müssten deshalb in die Unterstützung der Grundprinzipien dieser Ordnung einbezogen werden, da sie diese Unterstützung nicht selbständig erbrächten. Am Ende – und damit kehrt Hamilton zum Narrativ des komparativen Vorteils zurück – würden jedoch alle Länder von einer auf Regeln basierenden liberalen Weltordnung profitieren (Hamilton/ Blockmans 2015; Hamilton 2014b). Der transatlantischen Partnerschaft kommt somit die Aufgabe zu, die liberale Weltordnung zum Wohle alle zu schützen und zu stärken.

Damit wurde das Rechtfertigungsnarrativ für die Freihandelspolitik einer ganz erstaunlichen Metamorphose unterworfen. Die bisherige Begründung, dass Freihandel aufgrund der Wirkung des komparativen Vorteils zu mehr „Wohlstand für alle“ führe, rückt vom Zentrum der Argumentation an den Rand, zumal daran – wie gezeigt-erhebliche Zweifel geäußert wurden. An die Stelle der zentralen wirtschaftlichen Begründung tritt eine sicherheitspolitische: Der Schutz der eingeübten und von der Bevölkerung gewünschten Lebensweisen und Werte erfordere eine Außenhandelspolitik der Bildung regionaler Zusammenschlüsse – in der sicherheitspolitischen Terminologie: Allianzen.

Der Freihandel folgt damit nicht mehr einer wirtschaftspolitischen Logik, die der Denkfigur des komparativen Vorteils folgt, sondern der sicherheitspolitischen, bei der Freihandel zu einem Instrument der *status quo* Bewahrung wird. Diese Logik haben neorealistic Autoren mit der Formel: „Handel folgt der Flagge“ (Gowa)

<sup>6</sup> Auch der Abgeordnete Mark Hauptmann (CDU/CSU) hat dieses Narrativ in derselben Debatte zu TTIP vorgetragen. Die einschlägigen

Argumente sind am Ende dieses Papiers dokumentiert.

beschrieben (Beitelman 2012; Gilpin 1981; 1987; Gowa 1994).

Überraschend dabei ist, dass die *übergeordnete* Frage, ob mit dem Instrument der Außenhandelspolitik Werte und Lebensweisen geschützt werden sollen und können, indem (regionale) Allianzen geschlossen werden, gar nicht debattiert wird. Stattdessen konzentriert sich die anschließende politische Debatte auf die *nachgeordnete* Frage, ob die gesuchten Partner für diese Allianzbildung tatsächlich dieselben Werte und Lebensweisen vertreten wie die Deutschen und daher als

Verbündete geeignet sind. Dabei werden mannigfaltige Risse in den transatlantischen Beziehungen sowie erhebliches gegenseitiges Misstrauen deutlich (Bubrowski 2015). Unreflektiert bleibt die stillschweigende Annahme der Freihandelsgegner, dass der *status quo* deutscher bzw. europäischer Lebensweisen einfach gewahrt werden, wenn kein Abkommen geschlossen wird. Der Debatte fehlt deshalb die notwendige Diskussion über die Fragen, ob die europäischen Lebensweisen tatsächlich gefährdet sind und wie sie ggf. geschützt werden können.

### **Dokumentation: Aussagen zum neuen Rechtfertigungsnarrativ**

Mark Hauptmann (CDU/CSU):

„Bei aller Hitzigkeit sollten wir allerdings nicht vergessen, welche Chance das Jahr 2015 mit sich bringt. 2015 ist nämlich das Jahr, in dem wir mit CETA und TTIP die Chance haben, globale Standards nach europäischem Vorbild zu schaffen. Herr Ernst, Sie wissen ganz genau, dass die Konkurrenz nicht schläft. Da muss man nur nach Asien schauen. Aktuell verhandelt nämlich Kanada, über das wir heute sprechen, mit den USA, Japan und neun weiteren asiatischen Staaten über das TPP-Abkommen, das transpazifische Abkommen.

...

TPP würde 37 Prozent der weltweiten Produktion und 26 Prozent des weltweiten Handels umfassen. TPP würde damit natürlich auch neue Standards setzen. Eine pauschale Verweigerungsstrategie, wie Sie sie hier fahren, führt letztendlich doch nur dazu, dass die Standards für den Handel, den wir natürlich auch in Zukunft in Europa treiben, in Asien festgelegt werden und dass wir mit unseren hohen europäischen Standards außen vor bleiben. Das kann nicht in unserem Interesse liegen (S. 8444-8445).

...

„Deswegen möchte ich abschließend zusammenfassend sagen, dass wir 2015 die einmalige Chance haben, auf der Basis gemeinsamer Werte langfristige wirtschaftliche Kooperationen zu schaffen. Wir generieren damit Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Noch bestimmen wir die Regeln, aber Asien schläft nicht. Wir wissen nicht, wie lange die Tür zum europäisch-kanadischen oder zum europäisch-amerikanischen Markt in dieser Form offensteht. Lassen Sie uns doch die Chance nutzen, bevor sich die Tür schließt, diese gemeinsamen Standards hochzuhalten, unsere hohen europäischen Standards in diese Debatte einzubringen. Wir sollten nicht der Versuchung nachgeben, die Abkommen vorschnell abzulehnen, weil das die Gefahr birgt, dass wir in Zukunft transpazifische Standards auch hier in Europa übernehmen müssen“ (S. 8446-8447).

Sigmar Gabriel, Bundeswirtschaftsminister (SPD):

„Wir wollen kein ganz normales Freihandelsabkommen schließen, sondern stehen doch vor der Situation, dass es nicht zum eigentlich von uns gewünschten Abkommen der Welthandelsorganisation kommt, die eigentlich dafür da ist, die „golden standards“ des

Freihandels zu setzen, weil insbesondere die Schwellenländer dies blockieren. Der Versuch ist, jetzt mit den Vereinigten Staaten Standards für einen sich dramatisch verändernden Welthandel zu setzen. Bei dem Standard, den wir setzen, werden wir auf das Thema Investitionsschutz nicht verzichten können, weil dieser Standard von uns nach Möglichkeit bei späteren Handelsabkommen zum Beispiel mit China, mit Staaten in Asien und anderen Staaten durchgesetzt werden soll, bei denen selbst die Linken wohl nicht der Meinung sind – das kann ich mir nicht vorstellen –, dort bräuchte man keinen Investitionsschutz“ (S.8450).

...

„Der Grund, warum ich dafür bin, in Sachen TTIP nicht ständig Angst zu verbreiten, ist: Es wird keine Absenkung von Standards geben, und es wird kein Aushebeln der Gesundheits-, Verbraucherschutz- und Sozialstandards geben. Auch wird es keine Privatgerichtsbarkeit geben, welche die Parlamente einschränkt. Lassen Sie uns doch einmal selbstbewusst über die Rolle Europas in der Zukunft reden, über die Rolle Europas in 10 oder 20 Jahren. Dabei geht es auch um China. Wir diskutieren darüber, dass dieses Jahrhundert ein asiatisches Jahrhundert wird. Das wird es auch sein, weil dort die Bevölkerung wächst und auch die Wirtschaft. Wir in Europa hingegen schrumpfen. Wenn wir – und zwar in Verantwortung für diejenigen, die nach uns kommen, für unsere Kinder – die Balance halten wollen, müssen wir doch Partner suchen. Das müssen wir machen, wenn wir in dieser veränderten Welt noch eine Stimme haben wollen. Die ersten Partner trotz aller Probleme, die wir gelegentlich mit amerikanischer Politik haben – sind die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada. Das ist so, weil uns mit denen kulturell, sozial und ökonomisch – trotz aller Probleme mit denen: trotz Irakkrieg und trotz der Geheimdienste – mehr verbindet als mit jeder anderen Region der Welt, meine Damen und Herren.“

...

„Wir wollen mit dem Freihandelsabkommen neue Standards setzen. Auch mit den Vereinigten Staaten werden wir nicht all das hinkriegen, was wir uns im Deutschen Bundestag wünschen. Es wird aber besser sein als jedes Freihandelsabkommen, das die Vereinigten Staaten mit China schließen. Deswegen geht es doch nicht um die Frage, ob wir ein Freihandelsabkommen haben werden, sondern nur darum, ob wir es selbst gestalten oder ob wir uns in Zukunft anderen Standards anpassen müssen.“ (S. 8451)

## Literatur

- Baldwin, Matthew (2006), 'EU-Trade Politics - Heaven or Hell?', *Journal of European Public Policy*, 13 (6): 926-942.
- Baru, Sanjaya/ Dogra, Suvi, Hrsg., (2015), *Power Shifts and New Blocs in the Global Trading System*, London, UK; New York, NY: Routledge.
- Beitelman, David A. (2012), 'America's Pacific Pivot', *International Journal*, 64 (4): 1073-1094.
- Bhagwati, Jagdish/ Krishna, Pravin/ Panagariya, Arvid (2015), 'Where is the World Trading System Heading?' in: Sanjaya Baru/ Dogra, Suvi (Hrsg.), *Power Shifts and New Blocs in the Global Trading System* London, UK; New York, NY: Routledge, 17-37.
- Bubrowski, Helene (2015), Ringen unter gleich Starken, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. Juli 2015, 8

- Cho, Sungjoon (2004), 'A Bridge Too Far: The Fall of the Fifth WTO Ministerial Conference in Cancun and the Future of Trade Negotiations', *Journal of International Economic Law*, 7 (2): 219-244.
- Council of European Union (1999), *Preparation of the Third WTO Ministerial Conference - Draft Council Conclusions, 12092/99*, COREPER, Brussels: Council of the European Union, (online: <http://www.ft.dk/samling/20051/almdel/uru/spm/6/svar/200862/214847.pdf>, abgerufen: May 31, 2015).
- De Bièvre, Dirk (2006), 'The EU Regulatory Trade Agenda and the Quest for WTO Enforcement', *Journal of European Public Policy*, 13 (6): 851-866.
- Deutscher Bundestag (2015), *Stenographischer Bericht, 89. Sitzung, 27. Februar 2015,, Plenarprotokoll, 18/89*, Berlin: Deutscher Bundestag, (online: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18089.pdf>, abgerufen: 6. Juni 2015).
- Dür, Andreas/ De Bievre, Dirk (2007), 'Inclusion without Influence? NGOs in European Trade Policy', *Journal of Public Policy*, 27 (1): 79.
- Evenett, Simon J. (2007), 'Five Hypotheses Concerning the Fate of the Singapore Issues in the Doha Round', *Oxford Review of Economic Policy*, 23 (3): 392-414.
- Falke, Andreas (2007), 'Einflussverlust: Der Exportweltmeister im Welthandelssystem des 21. Jahrhunderts' in: Thomas Jäger/ Höse, Alexander/ Oppermann, Kai (Hrsg.), *Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 283-307.
- Gilpin, Robert (1981), *War and Change in World Politics* Cambridge, UK; New York, NY: Cambridge University Press.
- Gilpin, Robert (1987), *The Political Economy of International Relations* Princeton, NJ: Princeton University Press
- Gowa, Joanne (1994), *Allies, Adversaries, and International Trade* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Hamilton, Daniel/ Blockmans, Steven (2015), *The Geostrategic Implications of TTIP*. Center for European Policy Studies
- Center for Transatlantic Relations, CEPS Special Reports 105 105 Brussels; Washington, DC: Center for European Policy Studies/ Relations, Center for Transatlantic. (online: <http://www.ceps.eu/system/files/SR105%20Geopolitics%20of%20TTIP%20Hamilton%20and%20Blockmans.pdf>, abgerufen: 18. Juni 2015.)
- Hamilton, Daniel S., Hrsg., (2014a), *The Geopolitics of TTIP. Repositioning the Transatlantic Relationship for a Changing World*, Washington, DC: Center for Transatlantic Relations.
- Hamilton, Daniel S. (2014b), 'TTIP's Geopolitical Implications' in: Daniel S. Hamilton (Hrsg.), *The Geopolitics of TTIP: Repositioning the Transatlantic Relationship for a Changing World* Washington, DC: Center of Transatlantic Relations, vii-xxxii.
- Jones, Erik (2006), 'Europe's Market Liberalization is a Bad Model for a Global Trade Agenda', *Journal of European Public Policy*, 13 (6): 943-957.
- Katzenstein, Peter J. (1993a), 'Regions in Competition: Comparative Advantages of America, Europe, and Asia' in: Helga Haftendorn/ Tuschhoff, Christian (Hrsg.), *America and Europe in an Era of Change* Boulder, CO; San Francisco, CA; Oxford, UK: Westview Press, 105-126.
- Katzenstein, Peter J. (1993b), 'A World of Regions: America, Europe, and East Asia', *Indiana Journal of Global Legal Studies*. 65-82.
- Katzenstein, Peter J. (1996), 'Regionalism in Comparative Perspective', *Cooperation and Conflict*, 31 (2): 123-159.

- Katzenstein, Peter J. (2005), *A World of Regions. Asia and Europe in the American Imperium* Ithaca, NY/ London, UK: Cornell University Press.
- Leibfried, Stephan (2015), TTIP: Von Gewinnern und Verlierern, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. Juli 2015, 6
- Manners, Ian (2002), 'Normative Power Europe: A Contradiction in Terms?', *Journal of Common Market Studies*, 40 (2): 235-258.
- Manners, Ian (2006), 'Normative Power Europe Reconsidered: Beyond the Crossroads', *Journal of European Public Policy*, 13 (2): 182-199.
- Manners, Ian (2009), 'The Social Dimension of EU Trade Policies: Reflections from a Normative Power Perspective', *European Foreign Affairs Review*, 14 (785-803)
- Meunier, Sophie/ Nikolaidis, Kalypso (2006), 'The European Union as a Conflicted Trade Power', *Journal of European Public Policy*, 13 (6): 906-925.
- Rodrik, Dani (2011), *The Globalization Paradox. Democracy and the Future of the World Economy* New York, NY; London, UK: W.W. Norton & Co.
- Tuschhoff, Christian (2015a), *Internationalen Beziehungen* Konstanz; München: UVK Verlagsgesellschaft.
- Tuschhoff, Christian (2015b), 'Win-Win oder Nullsumme? Zum praktischen Nutzen des theoretischen Konzepts vom komparativen Vorteil', *Aus der Forschung* (2): 1-6.
- Young, Alasdair/ Peterson, John (2006), 'The EU and the new trade politics', *Journal of European Public Policy*, 13 (6): 795-814.
-